

VERTRAULICHf.B. 15.50.4. af. s.Notiz an den Departementsvorsteher

f.B. 73. af. s. O. ✓

f.B. 25.60.22 ✓

1. Am Dienstag den 27. Juni hatten wir den Besuch zweier in Genf lebender schwarzer Vertreter der südafrikanischen "Inkath^a"-Bewegung. Die beiliegende Notiz orientiert Sie über die Hintergründe sowie den Verlauf des Gesprächs.
2. Die "Inkatha"-Bewegung ist eine gewichtige politische Gruppierung von in Südafrika selbst lebenden Zulus (im Gegensatz zu PAC und ANC, die ausserhalb Südafrikas wirken). Die "Inkatha" benutzt die von der Regierung in Pretoria (zur Vorbereitung eines eigentlichen Homeland-Status) gewährte Selbstverwaltung, um sich als Kern einer künftigen, auf tatsächliche Mehrheitsverhältnisse basierenden südafrikanischen Regierung zu profilieren, lehnt aber ein eigentliches Zulu-Homeland ab. "Inkatha" hat also zwei Gesichter: für Pretoria stellt sie die Vertretung des Zulu-Stammes und als solche das Gerüst eines zu schaffenden Zulu-Homelands dar. "Inkatha" selbst und ihr Führer Buthelezi hingegen sehen sich als autochthone "Befreiungsbewegung" in Südafrika, schliessen sich mit andern die Apartheid ablehnenden (vor allem nicht-weiße) Gruppen zusammen und suchen im Ausland "Anerkennung" (sowohl im übertragenen Sinn wie auch im spezifisch-völkerrechtlichen). Pretoria wird durch "Inkatha" in eine Zwickmühle versetzt: da die Zulus später ein Homeland werden sollen, ist Unterstützung und Anerkennung der "Inkatha" im Ausland an sich erwünscht; dass die "Inkatha"-Bewegung und ihr Chef Buthelezi dabei nicht als Zulus, sondern als Vertreter einer künftigen südafrikanischen Mehrheitsregierung auftreten, ist andererseits unerwünscht. Ironischerweise wird "Inkatha" auch von PAC und ANC nicht anerkannt, allerdings aus entgegengesetzter Optik: weil Inkatha in Südafrika selbst arbeite und eine gewaltlose Entwicklung anstrebe, könne sie kein gültiger Repräsentant der Antiapartheid sein.
3. Die Besucher brachten drei Postulate vor, die uns, im langfristigen Interesse unserer Südafrika- (bzw. antiapartheid-) Politik, einer vorsichtigen Prüfung wert scheinen.
 - a) Gewährung von Stipendien seitens des Bundes und der schweizerischen Industrie, sowohl zur Ausbildung in Südafrika wie in der Schweiz. Dieses Postulat ist im Prinzip unkontrovers: die Abschaffung der Apartheid bleibt Utopie, solange die Schwarzen ausbildungsmässig den Weissen unterlegen sind; und es liegt im westlichen Interesse, dass künftige schwarze Kader in West-, nicht in Osteuropa ausgebildet werden. DEH sucht Wege, dem Anliegen zu entsprechen.



- b) "Einladung" Chief Buthelezis zu einem Besuch in der Schweiz. Nachdem wir Südafrika als Staat anerkennen, und nicht die südafrikanische Regierung, liesse sich argumentieren, Buthelezi sei Führer einer südafrikanischen Oppositionspartei, und als solcher könne er eingeladen werden (wie z.B. Strauss (CSU-BRD) nach China oder Thatcher nach den USA.) Indessen wird Buthelezi eine solche Einladung natürlich als de facto-Anerkennung seiner "Befreiungsbewegung" betrachten, und die Regierung in Pretoria wird sie ebenso interpretieren. Es ist deshalb Vorsicht am Platz. Indessen haben wir unsere Botschaft in Pretoria angewiesen, bei Buthelezi gelegentlich anzudeuten, dass er bei einer Reise nach Europa auch in der Schweiz zu einem Gedankenaustausch im EPD (auf mittlerer Ebene) willkommen wäre. Eine solche Geste könnte man in Pretoria nicht übel aufnehmen, da wir seinerzeit auch die Stammesführer der Xhosas und der Tswanas, vor der Bildung der Homelands Transkei und Bophuthatswana, auf Europareisen zu Gesprächen empfangen haben.
- c) Eröffnung eines "Inkatha"-Büros in Genf. An sich könnte ein solches Büro in der Schweiz ohne irgendwelche Bewilligungen eröffnet werden; in der Tat suchen die Transkei und Bophuthatswana die fehlende internationale Anerkennung durch Eröffnung von Informations- und Handelsbüros, z.B. in der Schweiz, zu kompensieren, wobei wir solche Büros als Vertretungen rein privater Interessengruppen betrachten, die keiner Bewilligung bedürfen (aber auch nicht untersagt werden können). "Per analogiam" liesse sich ohne weiteres auch ein "Inkatha"-Büro denken. Indessen ist anzunehmen, dass Buthelezi sich für sein Büro die Gewährung irgendeines "Spezialstatus" erhofft, um ihm quasi-diplomatischen Charakter (und damit die de facto-Anerkennung als "diplomatische" Vertretung der "Inkatha"-Bewegung) zu verschaffen. Ein solches Entgegenkommen ist meines Erachtens vorläufig, aus allgemein-politischen Erwägungen, nicht möglich. Sollte Buthelezi je in die Schweiz kommen, wäre ihm dies diskret darzulegen; es könnte ihm allenfalls statt dessen die Idee eines rein privaten Büros schmackhaft gemacht werden.
4. So oder so scheint es wichtig, dass der Kontakt zur "Inkatha"-Bewegung weitergeführt wird. Sie ist autochthon (also nicht von aussen gesteuert), bekennt sich zur Gewaltlosigkeit und ist ideologisch neutral. Das sind wichtige Voraussetzungen für einen Wandel in Südafrika, wie ihn der Westen anstrebt.

- 3 -

Intensivere Kontakte zu "Inkatha" könnten zudem möglicherweise für den Vermittlungs-Versuch der schweizerischen evangelischen Kirchen in Südafrika von Nutzen sein.

POLITISCHE ABTEILUNG II
i.A.

KH

(Kaufmann)

Kopien:

- WR
- IS
- SW
- Schweiz.Botschaft Pretoria
- < Dienst für Entwicklungszusammenarbeit und humanitäre Hilfe,
DEH